

**AUSZUG**  
**AUS DEM WORTPROTOKOLL**  
  
**der 44. Sitzung der**  
**XIX. Gesetzgebungsperiode**  
  
**des**  
**Burgenländischen Landtages**

---

*Donnerstag, 12. März 2009*

*10.09 Uhr - 23.55 Uhr*

---

## Tagesordnung

1.

2.

3.

4.

5. *Beschlussantrag, mit dem die Vereinbarung gemäß Art. 15a B-VG, mit der die Vereinbarung betreffend den Landesgrenzen überschreitenden Berufsschulbesuch geändert wird, zur Kenntnis genommen wird*

6.

7.

8.

9.

10.

11.

12.

**Bericht** des Rechtsausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses über den Beschlussantrag (Beilage 1063), mit dem die Vereinbarung gemäß Art. 15a B-VG, mit der die Vereinbarung betreffend den Landesgrenzen überschreitenden Berufsschulbesuch geändert wird, zur Kenntnis genommen wird (Zahl 19 - 662) (Beilage 1085)

Berichterstatte r: Ewald G o s s y (S. 7050)

Redner: Mag. Josko V l a s i c h (S. 7050), Ilse B e n k ö (S. 7052), Christian S a g a r t z, BA (S. 7102) und Robert H e r g o v i c h (S. 7102)

Annahme des Beschlussantrages (S. 7104)

**5. Punkt: Bericht des Rechtsausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses über den Beschlussantrag (Beilage 1063), mit dem die Vereinbarung gemäß Art. 15a B-VG, mit der die Vereinbarung betreffend den Landesgrenzen überschreitenden Berufsschulbesuch geändert wird, zur Kenntnis genommen wird (Zahl 19 - 662), (Beilage 1085)**

**Präsident Walter Prior:** Der 5. Punkt der Tagesordnung ist der Bericht des Rechtsausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses über den Beschlussantrag, Beilage 1063, mit dem die Vereinbarung gemäß Art. 15a B-VG, mit der die Vereinbarung betreffend den Landesgrenzen überschreitenden Berufsschulbesuch geändert wird, zur Kenntnis genommen wird, Zahl 19 - 662, Beilage 1085.

Die Berichterstattung wird Herr Landtagsabgeordneter Ewald Gossy vornehmen.

General und Spezialdebatte werden unter einem durchgeführt.

Ich bitte um Ihren Bericht Herr Abgeordneter.

**Berichterstatter Ewald Gossy:** Sehr geehrter Herr Präsident! Werte Kolleginnen und Kollegen! Hohes Haus! Der Rechtsausschuss und der Finanz-, Budget- und Haushaltsausschuss haben den Beschlussantrag, mit dem die Vereinbarung gemäß Artikel 15a B-VG, mit der die Vereinbarung betreffend den Landesgrenzen überschreitenden Berufsschulbesuch geändert wird, zur Kenntnis genommen wird, in ihrer 35. gemeinsamen Sitzung am Mittwoch, dem 4. März 2009, beraten.

Bei dieser Sitzung wurde ich zum Berichterstatter gewählt.

Nach meinem Bericht stellte ich den Antrag, dem Landtag zu empfehlen, dem gegenständlichen Beschlussantrag die verfassungsmäßige Zustimmung zu erteilen.

Bei der anschließenden Abstimmung wurde der von mir gestellte Antrag ohne Wortmeldung einstimmig angenommen.

Der Rechtsausschuss und der Finanz-, Budget- und Haushaltsausschuss stellen daher den Antrag, der Landtag wolle folgenden Beschluss fassen:

Die Vereinbarung gemäß Artikel 15a B-VG, mit der die Vereinbarung betreffend der Landesgrenzen überschreitenden Berufsschulbesuch geändert wird, wird zur Kenntnis genommen.

**Präsident Walter Prior:** Danke Herr Berichterstatter. Als erstem Redner erteile ich Herrn Abgeordneten Mag. Josko Vlasich das Wort.

Bitte Herr Abgeordneter.

**Abgeordneter Mag. Josko Vlasich (GRÜNE):** Poštovani Predsjedniče! Poštovane poslanice i poslaniki u zemaljski sabor! Meine Damen und Herren! Hohes Haus! Gegen die vorliegende 15-a Vereinbarung wird man wohl keinen guten Grund finden, um nicht zuzustimmen.

Es geht dabei um Landesgrenzen überschreitende Berufsschulbesuche. Wir wissen, dass nicht alle Berufe im Burgenland kostendeckend gelehrt werden können. Es gibt nicht für alle genügend Lehrlinge und daher ist diese Maßnahme sehr, sehr sinnvoll und ausgemacht wird laut Vorschlag, dass pro Lehrgangswochen und Lehrling ein Unkostenpauschalbetrag von 42,50 Euro entrichtet werden soll. Diesem Punkt stimmen wir zu.

Da heute noch einige Debattenthemen im Bereich Bildung auf der Tagesordnung sind, möchte ich gerne die Gelegenheit jetzt benützen um zwei Themen schon, sozusagen als Redner, vorweg zu nehmen, nach vor zu ziehen.

Das eine ist einmal das Bildungsthema Stipendien, Auslandsstipendien, Förderung von jungen Menschen für diese Stipendien und das andere Thema ist das LeiterInnenbestellungsverfahren, also quasi die Direktorenbestellung im Burgenland.

Zum ersten Thema: Das wurde von der ÖVP eingebracht, von der SPÖ wie immer halt abgeändert. Es geht also dabei um Förderung von Auslandsaufhalten junger Burgenländerinnen und Burgenländer, die dort studieren wollen.

Es soll nicht unerwähnt bleiben, dass immer wieder Anträge von Fraktionen seitens der SPÖ, besser wissend oder auch nicht, abgeändert werden. Tatsache ist, was die SPÖ in ihrem Antrag schreibt, dass es die EU-Förderprogramme Erasmus und Leonardo gibt, das ist richtig. Man kann in anderen Ländern studieren und das wird auch tatsächlich genutzt.

Ich habe die Zahlen aus dem Burgenland nicht, wie viele es sind, vielleicht die Frau Kollegin Prohaska. Ich finde das sehr, sehr sinnvoll und auch sehr, sehr gut. Nur leider reichen halt diese Mittel aus den Erasmus- oder Leonardoprogrammen oft nicht, um den Aufenthalt voll bezahlen zu können. Insbesondere für sozial Schwächere aus unserem Land ist es natürlich dann ganz schwierig so einen Auslandsaufenthalt ins Auge zu fassen.

Ich bin dafür, dass man auch an den Bund den Antrag stellt, dass man Teilstipendien auf Vollstipendien umstellen sollte, aber das ist eben eine Sache des Bundes.

Verehrte Damen und Herren der SPÖ, und wenn wir heute den Antrag an den Bund richten, dann werden sich die jungen Leute halt weiterhin gedulden müssen. Da wird nichts passieren. Ich weiß, dass das schon vor Jahren diskutiert wurde und man gesagt hat, nein, das wird so nicht gehen, der Bund muss, der Bund soll. Der Bund wird uns wahrscheinlich etwas pfeifen.

Daher denke ich, dass es ganz gut wäre, wenn wir im Land, wenn wir im Burgenland die Möglichkeit schaffen, jungen Menschen, die ein Auslandsstipendium bekommen, zu helfen. Mir reicht der 500-Euro-Antrag von der ÖVP nicht. Ich glaube man kann das durchaus verdoppeln. 1.000 Euro pro Antrag pro Jugendlichen könnten wir uns durchaus aus der Sicht des Burgenlandes vorstellen.

Der nächste Punkt: Objektivierung von LeiterInnenbestellungen an Burgenlands Schulen. Sie wissen, dass das ein Thema ist, dass wir immer wieder diskutieren.

Wir haben nie verhehlt, dass es immer wieder Verbesserungsmöglichkeiten gibt, keine Frage. Meines Wissens nach, wurde auch im Kollegium so abgestimmt, das eine Arbeitsgruppe initiiert werden soll, von allen Fraktionen, die im Kollegium vertreten sind und dort Verbesserungsvorschläge gemeinsam in dieser Arbeitsgruppe erarbeitet werden sollen.

Der Antrag, den die SPÖ hier eingebracht hat, befriedigt also unsere Fraktion in keinster Weise. Obwohl ich es mir nicht verkneifen kann zu sagen, dass die ÖVP jetzt natürlich den Antrag einbringt, zu recht. Aber, wenn Sie sich erinnern können, in der vorigen Landtagsperiode, als wir wechselnde Mehrheiten hatten, habe ich sehr wohl immer wieder versucht zu schauen, dass wir mehr Demokratisierung in die LeiterInnenbestellung hereinbekommen.

Das wir zum Beispiel den Schulpartnern an den Zielschulen auch mehr Möglichkeiten bieten mitzusprechen. Nicht nur mitzusprechen, sondern auch mit- zu -entscheiden und es hat dann geringe, geringfügige Verbesserungen gegeben. Aber, wenn

wir das mit anderen Bundesländern vergleichen, dann sehen wir, dass wir wiederum hinten nachhinken. *(Abg. Christian Illedits: Niederösterreich.)*

Also ich bin sehr wohl, mit Niederösterreich möchte ich mich nicht vergleichen, da nehme ich schon lieber Vorarlberg her, oder zum Beispiel auch Oberösterreich, weil das schon heute schon so oft genannt wurde. Das sind also für mich bessere Vorbilder als Niederösterreich.

In Wien haben wir zum Beispiel Assecementcenter etwa. Das ist dem Burgenland zu teuer, heißt es. Also, ganz konkret, es muss mehr Möglichkeiten für die Schulpartner geben. Es muss mehr Möglichkeiten auch für die Lehrerinnen- und Lehrervertreter geben, damit diese Entscheidungen, ich sage einmal so, auf einer breiteren Basis gefällt werden können, als bis jetzt. *(Abg. Christian Sagartz, BA: Vor Ort.)*

Und natürlich vor Ort an der Schule, das ist richtig und wirklich ein Hearing vor Schülern, vor Lehrern, das wäre etwas Neues.

Noch eine radikale Forderung, die ich heute interessanterweise auch bei der Frau Bundesministerin finde, Bestellung auf fünf Jahre und nicht auf einmal auf fünf Jahre und dann lebenslänglich, ja also fünf Jahre Bestellung der Direktoren und Direktorinnen. Das heißt dann auch, man kann natürlich fort verpflichtet werden, aber man kann auch wieder abgelöst werden, ja.

Das ist etwas, was uns gefallen würde. Ja, also meiner Ansicht nach, verehrte Damen und Herren der SPÖ, niemand braucht sich zu fürchten, dass da etwas Neues passiert, wenn die Eltern, die Schulpartner mehr eingebunden werden.

Daher, das so genannte Bestellungsverfahren für Schul-LeiterInnen soll umgehend novelliert werden und wir werden da selbstverständlich den ÖVP-Antrag unterstützen. *(Beifall bei den Grünen.)*

**Präsident Walter Prior:** Als nächste Rednerin zu wort gemeldet ist Frau Abgeordnete Ilse Benkö.

Bitte Frau Abgeordnete.

**Abgeordnete Ilse Benkö (FPÖ):** Danke. Herr Präsident! Hohes Haus! Sehr geehrte Damen und Herren! Wir haben heute gleich mehrere Anträge auf der Tagesordnung, die sich mit dem Bereich Bildung befassen.

Es sind dies die Tagesordnungspunkte 5, 15, 21 und 24, die ich unter diesem Tagesordnungspunkt mitbehandeln werde, da eine Zusammenfassung die Möglichkeit bietet, sich mit der Bildungspolitik, so wie wir es anschließend noch haben, im Allgemeinen zu befassen.

Geschätzte Damen und Herren! Gerade in den letzten Wochen wurde das Thema Bildung in der medialen Öffentlichkeit wieder einmal sehr intensiv debattiert. Wir alle wissen, Grund dafür war, der Vorstoß der Bildungsministerin, die den Lehrern mehr Arbeitsstunden innerhalb der Klassen abverlangen, oder mehr Budget für ihr Ressort haben möchte.

Meinen Damen und Herren! Ich möchte die Gelegenheit nutzen, um Frau Bildungsministerin Schmied meinen Respekt auszudrücken. Was immer man von ihren Vorschlägen inhaltlich halten möge, die Art und Weise, wie sie für ihr Ressort kämpft, die Offenheit, mit der sie Probleme und Missstände anspricht und vor allem die Konsequenz, die sie an den Tag legt, all das ringt einem Respekt ab.

Selten zuvor hat ein Bundesminister so offen eingestanden, dass es in seinem Ressort, in seinem eigenen Ressort nämlich, große, große Defizite gibt.

Erst am Sonntag hat die Ministerin Schmied im ORF sinngemäß gemeint, dass das Bildungssystem nahe am Abgrund stehe, dass die Ergebnisse, die derzeit in den Schulen erzielt werden alles andere als gut seien.

Jedenfalls belegen die Aussagen der SPÖ Ministerin, dass es um das Bildungssystem, geschätzte Damen und Herren, schlecht gestellt ist und das werden mittlerweile auch Sie, meine Damen und Herren von der SPÖ, nicht mehr abstreiten. Schließlich gibt es ja die zuständige (*Abg. Ewald Gossy: Das haben wir schon 2000 abgestritten.*) Bundesministerin Ihrer Partei, die ihrer Partei angehört, selbst zu.

Herr Präsident! Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Die Bildungspolitik unter roten und schwarzen Ministern hat das Niveau der Schulabgänge über Jahrzehnte stetig nach unten nivelliert. (*Abg. Johann Tschürtz: Ein Wahnsinn.*)

Auf bestimmte Reformen wartet man seit Jahren und die aktuelle Diskussion über die Arbeitszeit der Lehrer ist aus meiner Sicht in Wirklichkeit nur ein Nebenschauplatz auf der rot-schwarzen Baustelle Bildungssystem. (*Abg. Josef Loos: Da ward Ihr auch dabei.*)

Einen statistischen Beleg für die Mängel im System haben kürzlich, und das wissen auch Sie, Herr Kollege Gossy, kürzlich die jüngsten Arbeitsmarktdaten geliefert. Im Feber ist die Zahl der Arbeitslosen im Vergleich zum Vorjahr um fast 25 Prozent gestiegen. Man höre und staune, bei den unter 25jährigen, meine Damen und Herren, beträgt der Anstieg rund 36 Prozent.

Dieser überdurchschnittliche und vor allem erschreckend starke Anstieg der Jugendarbeitslosigkeit zeigt uns ja definitiv, dass es Defizite in unserem Bildungssystem gibt.

Es ist allgemein bekannt und unbestritten, dass jene am Arbeitsmarkt die besten Chancen haben, die über eine möglichst fundierte Ausbildung über ein möglichst fundiertes Wissen verfügen, bestehen. Das ist offensichtlich bei uns, bei unseren Jugendlichen immer weniger der Fall.

In diesem Zusammenhang verweise ich auch auf die Aussagen des Präsidenten der Industriellenvereinigung Burgenland, Werner Franschitz, aus dem vergangenen November und er hat gesagt, Zitat: Die Dinge, die man früher schon aus der Volksschule kannte, nämlich lesen, schreiben und rechnen zu können, sind bei 15jährigen jetzt nur mehr rudimentär anzutreffen. Wir haben Industrieunternehmen - sagt er - die das erste Jahr damit zubringen, den Kindern diese Grundtechniken wieder beizubringen. Zitat Ende.

Herr Präsident! Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Es wäre verantwortungslos, die bestehenden Defizite und Probleme zu negieren und zu behaupten, alles sei in Ordnung. In unserem Bildungssystem ist augenscheinlich fast überhaupt nichts mehr in Ordnung und Sie, meine Damen und Herren von den beiden regierenden Parteien, tragen letztendlich die Verantwortung, zumindest im Pflichtschulbereich.

Das letzte Beispiel Ihrer gescheiterten Bildungspolitik haben Sie auf Landesebene bei der Einführung der sozialistischen Gesamtschule geliefert.

Für die SPÖ war die Gesamtschule ein reines Prestigeprojekt. So kann man sagen, es ging Ihnen nicht primär darum, Verbesserungen zum Wohle der Schüler vorzunehmen, es ging Ihnen primär in Wirklichkeit darum, Ihren altbekannten und vollkommenen weltfremden Ansatz, alle Menschen hätten gleiche Fähigkeiten und gleiche Talente, in ein bildungspolitisches Korsett zu zwängen.

Für mich unverständlich, die ÖVP, ich verstehe es wirklich nicht, hat diesen Wahnsinn auch noch widerstandslos geduldet und damit das Ganze erst überhaupt ermöglicht.

Meine Damen und Herren! Es ist höchst an der Zeit, eine Totalreform des Systems anzugehen und sich auf alte Technik und Werte zu besinnen, dass sich der Traum der antiautoritären Erziehung, dass der Traum der absoluten geistigen Gleichheit aller Menschen und andere Utopien längst als solche enttarnt sind. Es muss auch endlich von Ihnen zur Kenntnis genommen werden.

Geschätzte Damen und Herren, nehmen Sie außerdem zur Kenntnis, dass uns die schrankenlose Zuwanderung von Fremden auch in burgenländischen Schulen auf den Kopf fallen wird, wenn wir nicht bald etwas unternehmen.

Nehmen Sie auch zur Kenntnis, dass wir wieder auf Leistung setzen und zudem den Lehrern als hauptsächliche Erzieher dieser Zeit den Rücken stärken müssen.

Herr Präsident! Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Ich komme nun zu dem vorliegenden Antrag. Der 15a Vereinbarung betreffend den grenzüberschreitenden Besuch von Berufsschulen werden wir unsere Zustimmung erteilen.

Die neuen Finanzlandesreferenten haben sich auf diese Übereinkunft geeinigt, das nehmen wir zu Kenntnis.

Der nächste bildungspolitische Antrag unter Tagesordnungspunkt 15 beschäftigt sich mit der Förderung der Fachhochschulen. SPÖ und ÖVP sind sich in den zentralen Punkten, die sich mit der zukünftigen Finanzierung dieser Fachhochschulen befassen, einig.

Im zuständigen Ausschuss hat die ÖVP einen Abänderungsantrag gestellt, in dem sie einmal mehr gefordert hat, eine Anerkennung der burgenländischen Fachhochschulstudiengänge als Fachhochschule im Sinne des Fachhochschulstudiengesetzes anzustreben.

Über diese Forderung, meine Damen und Herren, haben wir uns im Jahr 2006 im November sehr intensiv und ausführlich unterhalten. Die ÖVP hat in ihrem Abänderungsantrag schon seinerzeit im Jahr 2006 die Vorteile des Status der Fachhochschule angeführt und natürlich auch herausgestrichen betont.

Die SPÖ führte als einziges Gegenargument den finanziellen Mehraufwand an und hat in Wirklichkeit, meiner Meinung nach, ausschließlich parteipolitische Gründe, die Anerkennung als echte Fachhochschule nicht zu befürworten. *(Abg. Christian Sagartz, BA: Bravo!)*

Meine Damen und Herren, wir würden dem Abänderungsantrag der ÖVP zustimmen, jedoch könnten wir ebenso dem ursprünglichen Antrag der SPÖ befürworten.

Die Anträge unter Tagesordnungspunkt 21 befassen sich mit der Frage der Objektivierung bei der Bestellung von Schulleitern.

Die Objektivierung im Vorfeld von Personalentscheidungen im Verantwortungsbereich der Politik, ist im Burgenland, wie wir schon gehört haben, ein eigenes Kapitel. Wir haben schon zum Tagesordnungspunkt 3 dazu einiges gehört.

Grundsätzlich kann ich die Forderungen der ÖVP durchaus nachvollziehen, wobei ich dazu vor allem zwei Anmerkungen treffen möchte.

Erstens, die ÖVP tut mit diesem Antrag so, als wäre sie im Bereich von Personalentscheidungen das moralische Maß aller Dinge. Ich darf in diesem

Zusammenhang an die sehr ehrlichen Ausführungen des Herrn Landeshauptmannes in der letzten Landtagssitzung zum Thema der fünfsiebtel Mehrheit erinnern.

Meine Damen und Herren von der ÖVP! Die Liste von objektiv nicht nachvollziehbaren Personalentscheidungen ist im Verantwortungsbereich der ÖVP nicht weniger lang, als jene der SPÖ. Ich erspare es mir und Ihnen, auf einzelne Beispiele oder auf die Frage der Personalentscheidungen im Bereich der landwirtschaftlichen Schulen einzugehen.

Zweite Anmerkung: Die Forderung nach einer verstärkten Einbindung der Schüler bei der Entscheidung über einen neuen Schuldirektor sehe ich persönlich durchaus skeptisch.

Einerseits geht es mir darum, dass jemand die Verantwortung für eine Direktorenbestellung haben muss und das können und dürfen nicht die Schüler sein. Und andererseits frage ich mich, was meine Damen und Herren, wäre der nächste Schritt?

Die Schule als Bildungs- und Erziehungsanstalt ist in ihrer Ausrichtung auf die Schüler aus guten Gründen hierarchisch gegliedert. Es wäre daher widersinnig, die Schüler entscheiden zu lassen, wer ihr Direktor sein oder werden soll.

Der Abänderungsantrag der SPÖ spricht zweimal mehr von evaluieren, und ist einmal mehr nichtssagend. Es gibt jedoch keinen triftigen Grund, ihn auch abzulehnen.

Insgesamt ist es notwendig, die Parteipolitik aus den Schulen endlich zu entfernen. Bei Personalentscheidungen darf es keine Rolle spielen, welchen parteipolitischen Hintergrund ein Lehrer oder ein Direktor hat. Quoten schaden dem Niveau und das wissen Sie.

Herr Präsident, Hohes Haus, meine Damen und Herren! Der letzte bildungspolitische Antrag findet sich auf Tagesordnungspunkt 24 und die Förderung von Auslandsaufhalten zu Bildungszwecken in der Höhe von 500 Euro.

Die diesbezüglichen Vorschläge der ÖVP sind durchaus zu begrüßen. Ich bin jedoch der Meinung, dass die Förderung von Studenten primär im Verantwortungsbereich des Bundes liegt und kann mich daher mit dem Abänderungsantrag der SPÖ, muss ich ehrlich sagen, eher anfreunden.

Ein weiterer Aspekt: Die ÖVP war gegen die Abschaffung der Studiengebühren, die jährlich weit mehr als 500 Euro ausgemacht haben. Jetzt fordert die ÖVP die Subventionierung von Auslandsaufhalten in der Höhe von 500 Euro. Mir scheint dies nicht logisch.

Meine Damen und Herren von der ÖVP, wenn sich ein Student einen Teil dessen, was er sich durch die Abschaffung der Studiengebühr nun erspart, auf die Seite legt, hat er relativ rasch 500 Euro gespart, um in seinen Auslandsaufenthalt investieren zu können.

Wir werden diesem Punkt, dem Abänderungsantrag der SPÖ, zustimmen. Danke für die Aufmerksamkeit. *(Beifall bei der FPÖ)*

**5. Punkt: Bericht des Rechtsausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses über den Beschlussantrag (Beilage 1063), mit dem die Vereinbarung gemäß Art. 15a B-VG, mit der die Vereinbarung betreffend den Landesgrenzen überschreitenden Berufsschulbesuch geändert wird, zur Kenntnis genommen wird (Zahl 19 - 662) (Beilage 1085)**

**Präsident Walter Prior:** Geschäftsordnungsgemäß setzen wir nun mit dem unterbrochenen Tagesordnungspunkt 5 fort und ich erteile als nächstem Redner dem Herrn Abgeordneten Sagartz das Wort.

Bitte Herr Abgeordneter.

**Abgeordneter Christian Sagartz, BA (ÖVP):** Geschätzter Herr Landtagspräsident! Werte Kolleginnen und Kollegen! Zur Vereinbarung gemäß Art. 15a Bundes-Verfassungsgesetz, mit der die Vereinbarung betreffend den Landesgrenzen überschreitenden Berufsschulbesuch geändert wird, darf ich nur einige Sätze anmerken.

Natürlich ist es im Interesse unseres Bundeslandes, dass man sich die anfallenden Kosten für den Berufsschulbesuch, für die duale Ausbildung an den Berufsschulen, etwas kosten lässt.

Gleichzeitig muss natürlich auch die Fairness gegenüber allen anderen Bundesländern eingefordert werden. Hierzu gibt es diese 15a-Vereinbarung. Ich denke, dem Inhalt ist nichts hinzuzufügen, außer dass wir gerne so einer Vereinbarung zustimmen werden, um eben auch unsere Budgetmittel mit den Kostenbeiträgen anderer Bundesländer auf gleich zu bringen.

Ich möchte nur etwas anfügen. Landesgrenzenüberschreitender Berufsschulbesuch ist das eine, natürlich gibt es auch die Möglichkeit weit über unser Bundesland hinweg, auch über unsere Republiksgrenzen hinweg, Bildungsmaßnahmen und Bildungseinrichtungen zu besuchen. Wir werden heute noch einmal über eine Idee der ÖVP, eigentlich eine Idee der Jungen ÖVP, diskutieren.

Es ist ein Bildungsbonus in Höhe von 500 Euro. Weil die Frau Kollegin Benkö zuletzt betont hat, dass dies vor allem Studierenden zur Verfügung gestellt wird, das ist

nicht so, es ist absichtlich geplant, allen jungen Burgenländer bis 27 diesen Bildungsbonus unter gewissen Rahmenbedingungen zur Verfügung zu stellen.

Aber jedem Burgenländer, ob Schüler, Lehrling oder Student der ins Ausland geht, um zu Bildungszwecken dort in Bildungseinrichtungen, Unterrichtseinheiten, Seminare besucht und Prüfungen und Ähnliches ablegt.

Ich denke mir, dass wäre ein wichtiger Schritt in die richtige Richtung. Ob das nun in der Höhe von 500 Euro passiert oder von 1.000 Euro, das ist sozusagen eine Diskussions- und Ermessenssache, die man mit dem Landesfinanzreferenten diskutieren muss.

Andererseits muss ich Ihnen sagen - ich werde das zu diesem Tagesordnungspunkt auch detailliert einbringen - nur für die Anmeldung für Versicherung und für die Möglichkeit überhaupt ins Ausland zu reisen, braucht man rund 1.200 Euro, wenn man beispielsweise in Nordamerika einen Studienplatz im Ausland in Anspruch nehmen will.

Ich denke mir, damit sind die 500 Euro ohnehin nur ein kleiner Beitrag des Landes, aber ein sinnvoller und wichtiger Beitrag.

Ich werde beim Debattenbeitrag zu diesem Tagesordnungspunkt dann näher darauf eingehen. *(Beifall bei der ÖVP)*

**Präsident Walter Prior:** Nächster Redner ist Herr Abgeordneter Hergovich.

Bitte Herr Abgeordneter.

**Abgeordneter Robert Hergovich (SPÖ):** Herr Präsident! Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Der Herr Abgeordnete Sagartz hat heute sinngemäß formuliert, dass er in seiner Jugendzeit und Schülervereinerzeit keine parteipolitischen Angriffe gemacht hat. Ich glaube ihm das sogar.

Ich kann mich zumindest nicht erinnern, dass er parteipolitisch irgendwann agiert hätte und jemand angegriffen hätte. Die Zeiten haben sich aber verändert. *(Allgemeine Heiterkeit)*

Die Zeiten sind vorbei, denn mittlerweile ist er nicht mehr Schülervereiner, sondern Parteisekretär, um nicht fast zu sagen Parteisoldat, denn das haben wir heute des Öfteren mitbekommen. Ich war durchaus überrascht, wie er heute in einer Leichtigkeit den Vizepräsidenten des Landesschulrates geopfert hat.

Er hat sinngemäß gesagt: „Na ja, wenn der Resch weg ist, können wir über alle anderen auch reden.“

Ist schon beeindruckend, wenn der Landesgeschäftsführer der ÖVP den Vizepräsidenten des Landesschulrates mit einer Leichtigkeit opfert, die Sonderklasse war. Wie gesagt, die Zeiten haben sich geändert.

Jetzt steht Parteipolitik im Vordergrund und die Sachpolitik wird hinten angestellt. Übrigens wurde heute auch versucht, den Präsidenten Schreiner im Vorwahlkampf vom Parteisekretär Sagartz wieder einmal schlechtzureden. Dazu kann ich nur sagen, der Herr Präsident Schreiner hat Kontakt mit der Fachhochschule gehabt, aber in einem laufenden Verfahren, das nämlich gerade läuft. *(Abg. Christian Sagartz, BA: Es gibt kein Verfahren, es gibt keine Probleme, haben wir gerade gehört!)*

Dann informieren Sie sich, der Betriebsrat sitzt heute da. In einem laufenden Verfahren spricht man zumindest parteipolitisch nicht darüber, aber das ist der Unterschied der ÖVP und hier im Speziellen. Dem Abgeordneten Sagartz geht es um das

Schlechtreden, um das Anpatzen und um das Skandalisieren. Andere sind hier auf Sachlösungen bedacht und wollen in diese Richtung gehen, aber so ist es halt.

Die Zeiten, wie gesagt, der Sachpolitik sind vorbei, er ist nicht mehr Jugendvertreter und nicht mehr Schülervertreter.

Schülervertreter ist vielleicht gleich ein Stichwort, da hat er heute auch schon einmal ausgeteilt und dem Landeschulratspräsidenten vorgeworfen, er würde hier parteipolitisch agieren.

Ich kann nur sagen, die Schülervertretungspolitik der ÖVP heißt - und da sind ja heute auch einige anwesend - Schmidt, Deli, Wolf, Hofherr - der jetzige Schülervertreter, alles so unpolitisch. Übrigens wird er morgen als ÖVP-Gemeinderat in Ritzing angelobt, vielleicht können Sie ihm dann auch dazu gratulieren.

Also die Politik, die Schülerpolitik der ÖVP, kennen wir. Die letzten Jahre hat man rigoros versucht, (*Abg. Christian Sagartz, BA: Eifersucht!*) Jugendfunktionäre zu rekrutieren. (*Abg. Christian Sagartz, BA: Eifersucht!*)

Überhaupt nicht, nein überhaupt nicht.

Ich bin darauf gekommen, ich weiß nicht, ob es stimmt. Ich werde das noch recherchieren, dass es sogar Seminare gegeben hat, wo ÖVP-Funktionäre als Referenten aufgetreten sind. Aber wir werden uns das anschauen. (*Abg. Christian Sagartz, BA: Wenn es die Schüler organisieren, dann heißt es nicht Steuergelder!*)

Das sind Steuergelder. Wir werden das schon begutachten, wie das alles gelaufen ist. Aber, wie gesagt, die Sachpolitik, die Schülervertretungspolitik, ist vorbei.

Jetzt geht es ums Eingemachte, jetzt geht es um Parteipolitik, Herr Kollege Sagartz. (*Zwiegespräche der Abg. Christian Illredits und Abg. Christian Sagartz, BA*)

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Nun zur 15a-Vereinbarung. Hier möchte ich vorher sagen, dass der Berufsschulbesuch ein sehr wichtiger Bestandteil des dualen Ausbildungssystems ist. Denn Lehrlinge bekommen in der Berufsschule ihr theoretisches Know-how vermittelt, das sie natürlich dann auch in den Betrieben anwenden können und das auch hervorragend tun.

Da bin ich sehr froh, denn wenn ich mir oft die Ausbildungsqualität in den Betrieben anschau, dann sehe ich, dass es von Jahr zu Jahr schlechter wird und die Berufsschule einen sehr wichtigen Teil übernimmt und die Qualität hier vorantreibt.

Das burgenländische Berufsschulwesen wird ihrer Rolle als pädagogischer Partner in der Berufsausbildung mehr als gerecht. Viele der burgenländischen Lehrlinge wandern aber auch in andere Bundesländer aus, um ihre Berufsschule zu besuchen.

Ich habe mir das auch angeschaut. Im Jahr 2007 und 2008, also im Schuljahr 2007/2008, waren das 531 Lehrlinge, die in andere Bundesländer ausgewandert sind.

Das sind rund 18 Prozent aller Lehrlinge im Burgenland.

Der Grund dafür ist, dass wir im Burgenland zu wenige Lehrlinge in einigen Branchen haben, um sie in eigenen Klassen unterrichten zu können. Deswegen ist die Beschulung mancher Lehrberufe in anderen Bundesländern sowohl pädagogisch als auch ökonomisch sehr sinnvoll.

Das Land Burgenland profitiert von den Berufsschulbesuchen der Lehrlinge in den anderen Bundesländern, weil die Organisation einiger Klassen mit beispielsweise zwei oder drei Lehrlingen sehr kostenintensiv und auch pädagogisch nicht zielführend wäre.

Darüber hinaus ist die Pauschalabfindung von 42,50 Euro pro Lehrgangswochen nur als symbolische Anerkennung anzusehen, weil die tatsächlichen Kosten ein Vielfaches ausmachen.

Bis jetzt wurde lediglich eine jährliche Indexanpassung vorgenommen. Die Differenz zwischen den tatsächlichen Kosten und der refundierten Pauschalabfindung widerspiegelt keineswegs die gelebte finanzielle Praxis.

Deswegen ist die Anpassung der sogenannten „Kuchler Vereinbarung“ von 25,70 auf nunmehr 42,50 Euro mehr als nur gerechtfertigt. Auch die Änderung der Verrechnung des Jahresbetrages auf Wochenbeträge dient zur besseren Administration und ist deswegen gutzuheißen.

Im Gegenzug profitieren natürlich auch das Land Burgenland, auch Lehrlinge aus anderen Bundesländern, die in das Burgenland kommen, um dort ihre Berufsschule zu besuchen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Kosten und Mühen der betroffenen Lehrlinge, die in andere Bundesländer auswandern müssen, sind enorm.

Sie wissen wahrscheinlich, dass beispielsweise Optikerlehrlinge nach Hall in Tirol auspendeln müssen, um ihren Berufsschulbesuch zu absolvieren. Dank der Gewerkschaftsjugend, die immer auf eine Freifahrt gedrängt hat, gibt es zumindest die sogenannte Fahrtenbeihilfe für Lehrlinge, wonach sie je nach zurückgelegten Kilometern Kosten refundiert bekommen.

Die Fahrtenbeihilfe für Lehrlinge deckt aber keineswegs die tatsächlichen Kosten der Lehrlinge ab. Gleichzeitig erhalten die Ausbildungsbetriebe so hohe Förderungen wie noch nie. Für einen Lehrling bekommt ein Unternehmer bis zu 9.000 Euro.

Deswegen wäre es nur fair, wenn Ausbildungsbetriebe mit ihren hohen Förderungen ihre Lehrlinge mitpartizipieren lassen würden und ihnen einen Teil davon für außergewöhnliche Ausgaben beim Berufsschulbesuch bezahlen würden.

Gut qualifizierte Jungfacharbeiter sind für den Wirtschaftsstandort wichtiger denn je. Gerade in schwierigen Zeiten wie diesen. Sie schaffen und erhalten die Arbeitsplätze im Burgenland. Danke schön! *(Beifall bei der SPÖ)*

**Präsident Walter Prior:** Da keine Wortmeldungen mehr vorliegen, hat der Herr Berichterstatter das Schlusswort. *(Abg. Ewald Gossy: Ich verzichte!)*

Der Herr Berichterstatter verzichtet auf das Schlusswort, wir kommen daher zur Abstimmung.

Ich ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die dem Beschlussantrag zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. -

Die Vereinbarung gemäß Art. 15a B-VG, mit der die Vereinbarung betreffend den Landesgrenzen überschreitenden Berufsschulbesuch geändert wird, wird somit mehrheitlich zur Kenntnis genommen.